



„Das Management des Euro für eine gerechte wirtschaftliche Erholung“

Rede von Joachim Poß, MdB, für eine Diskussionsveranstaltung
der Pablo-Iglesias- und der Friedrich-Ebert-Stiftung am 26.10.2015 in Madrid

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

I. Einleitung

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass Europa in keinem guten Zustand ist. Unter der Oberfläche makroökonomischer Kennzahlen, die Wachstum anzeigen, brodelt in vielen Mitgliedstaaten weiterhin die **sozialen und politischen Krisen**, die mit der **Eurokrise** Einzug gehalten haben.

In vielen Ländern haben **populistische Kräfte** Auftrieb. In Frankreich müssen wir sogar befürchten, dass das nächste Staatsoberhaupt LePen heißen könnte. Doch auch Syriza hat in der ersten Jahreshälfte viel Schaden angerichtet. Und obwohl wir die Eurokrise kaum verdaut haben, stehen wir jetzt vor der nächsten - vielleicht noch viel größeren - Bewährungsprobe: **Wie mit den vielen Flüchtlingen umgehen, die nach Europa kommen?**

Aufs Neue zeigt sich, dass sich die Regierungen Europas schwer tun, mit einer Stimme zu sprechen. Und auch wenn die Flüchtlingskrise gerade alles andere in den Schatten stellt, blieben die **wirtschaftlichen Fragen von zentraler Bedeutung**. Wir müssen auch jetzt an der **Zukunft Europas** weiterarbeiten. Wir müssen jetzt diskutieren, welche Lehren wir aus der Eurokrise und der neuerlichen Griechenland-Krise ziehen.

Zudem mehren sich die **weltwirtschaftlichen Risiken** wieder, wie uns der Internationale Währungsfonds in diesen Tagen nachdrücklich ins Stammbuch schreibt. Nicht nur deshalb **müssen wir alles dafür tun, um unsere Wirtschafts- und Währungsunion krisenfester zu machen**. Auch mit Blick auf den wachsenden Populismus wäre es leichtfertig, notwendige Reformen zu verschlafen.

Der Fünf-Präsidenten-Bericht der EU sollte dabei unser

27.10.2015

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: +49 30 227-7 10 20, Fax: +49 30 227-7 61 70,
Joachim.poss@bundestag.de

Joachim Poß

Fahrplan sein. Er zeigt ein strategisches Vorgehen in zwei Schritten auf.

II. Erster Schritt: Vertrauen zurückgewinnen!

Um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen, müssen wir meines Erachtens zunächst verschiedene konkrete Maßnahmen realisieren. Dies ist auch innerhalb der bestehenden Verträge möglich.

*Wenn die Bürger sehen, dass die wirtschaftlichen Bedingungen sich verbessern und Europa zeigt, dass es für Fairness sorgt, wird auch das **Vertrauen der Bevölkerung** wieder wachsen. Das hoffe ich besonders für Spanien, das ja traditionellerweise besonders pro-europäisch ist.*

Steuerpolitische Maßnahmen

*Dazu zählt auch die Einführung einer **Finanztransaktionssteuer**.*

*Und ich unterstütze das Vorhaben der Kommission, die **Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftssteuer** wieder voranzutreiben.*

*Konkret müssen wir zunächst das **Steuerdumping in Europa** bekämpfen. Deswegen sollten wir grundsätzlich die richtigen Lehren aus der **Luxleaks-Affäre** ziehen. Es kann in Europa keinen schädlichen Wettbewerb um die niedrigste Besteuerung von Großkonzernen geben. Damit schneiden wir uns ins eigene Fleisch. Eine Verquickung von Politik, Verwaltung und Finanzindustrie wie durch die Luxleaks-Enthüllungen ans Licht gekommen, ist inakzeptabel.*

Deshalb habe ich mich sehr gefreut, als die Kommission letzte Woche bekannt gegeben hat, dass sie die Steuerpraktiken Luxemburgs und der Niederlande als illegale Beihilfe einstuft.

*Multinationale Konzerne, wie Fiat und Starbucks, wird man in Zukunft nicht mehr mit vergünstigten Steuervorbescheiden anlocken dürfen. Und damit das sichergestellt werden kann, begrüße ich auch den automatischen Informationsaustausch zu **Steuervorbescheiden**. Wenngleich der Rat den Vorschlag der Kommission unnötig verwässert hat.*

Joachim Poß

Nun gilt es aber auch, BEPS (Base Erosion Profit Shifting-Projekt der OECD) so umzusetzen, dass es nicht etwa Gebilde wie Patent-Boxen salonfähig macht, die dazu dienen, Besteuerung zu umgehen, sondern sie gerade eindämmt.

Unternehmen und Bürger müssen nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden. Ein offenes Europa für Kapital und Bürger heißt auch, mehr Verantwortung für Europa, dieses Prinzip durchzusetzen.

Sozialdumping

Eng verbunden mit der Steuer-Thematik ist die Forderung nach einem **sozialen Europa**. Doch was heißt das? Aus meiner Sicht müssen wir vor allem die **wachsende Ungleichheit** angehen. Sie führt nicht nur zu sozialen Verwerfungen, sondern zerstört auch Wachstumsperspektiven. **Sie ist ökonomisch und sozial schädlich, ja gefährlich.**

Dazu müssen an erster Stelle die **Sozialsysteme auf nationaler Ebene gestärkt werden**. Und wir müssen **sicherstellen, dass starke Schultern mehr tragen als schwächere**. Auch durch Maßnahmen auf europäischer Ebene. Indem wir die Eurozone stärken und Krisen verhindern, bekämpfen wir auch Arbeitslosigkeit und Wohlstandsverluste, die mit Krisen verbunden sind.

Investitionslücke

Wir brauchen in Europa mehr Investitionen. Fest steht: es mangelt an Nachfrage und nach öffentlichen wie privaten Investitionen im gesamten Kontinent. Doch besonders stark ist der Nachholbedarf in den Krisenländern. Ich setze darauf, dass der **Juncker-Plan**, sowie die notwendige flexible Auslegung des Stabilitäts- und Wachstumspakt für einen spürbaren Investitionsschub sorgen.

Stärkung des Europäischen Semesters

Es gibt einen breiten Konsens, dass das **Europäische**

Joachim Poß

Semester, in dem die Fiskal- und Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten koordiniert werden, weiter verbessert werden muss. Dazu gibt es etwa einen gemeinsamen Vorschlag von SPD-Vorsitzenden Gabriel und dem deutschen Finanzminister.

Ein Ziel muss sein, die länderspezifischen Empfehlungen noch zu straffen und stärker in den Mitgliedstaaten zu verankern.

Von zentraler Bedeutung ist dabei die Mitwirkung der Sozialpartner, um keine Kopfgeburten für die Schubladen in Ministerien und Parlamenten zu erzeugen, sondern echten Fortschritt durch Reformen zu erzielen.

III. Zweiter Schritt: Eurozone stärken!

In einem zweiten Schritt sollten wir über die bestehenden Verträge hinausgehen. Auf dem Fundament zurückgewonnenen Vertrauens, gilt es, Europa weiterzuentwickeln. Wenn die Bürgerinnen und Bürger spüren, dass Europa handlungsfähig ist, Probleme löst und noch dazu für Gerechtigkeit sorgt, können wir uns der Weiterentwicklung der institutionellen Struktur widmen.

Die notwendigen Reformen gilt es jetzt in der politischen Debatte vorzubereiten. Dazu müssen wir die vorliegenden Konzepte prüfen und demokratisch diskutieren.

Schließlich stehen wir vor der Frage, welche Lehren wir aus der Eurokrise ziehen, die auch eklatante Konstruktionsfehler der Währungsunion offengelegt hat.

Auf der einen Seite stehen diejenigen, die ausschließlich auf Regeln, Sanktionen und den Markt setzen. Sie sehen überall nur Trittbrettfahrer und Moral Hazard. Fiskalunion bedeutet für die Konservativen: Abgabe der Haushaltskontrolle und Schuldenverbot, selbst in Krisenzeiten.

Bei aller Reformnotwendigkeit in einigen Mitgliedstaaten: hat uns nicht gerade die Eurokrise in Folge der globalen Finanzkrise gezeigt, dass der Versuch, eine Währungsunion alleine durch Regelwerke zu steuern und auch nur auf den Markt zu setzen, naiv ist?

Die Mischung aus Deflation, niedrigem Wachstum und hoher Arbeitslosigkeit wie wir sie seit Jahren erleben, spricht Bände.

Joachim Poß

Wenn also Regeln alleine nicht ausreichen, dann benötigen wir auch **gemeinsame Institutionen**.

Schließlich haben wir durch die Schaffung der Eurozone den Mitgliedstaaten die Möglichkeit genommen, durch Anpassung der Zinssätze und Wechselkurse auf wirtschaftliche Krisen zu reagieren.

Und durch Stabilitätspakt, Euro-Plus-Pakt und Fiskalvertrag haben wir noch dazu bewusst den fiskalischen Spielraum enorm eingeschränkt. Wie gesagt: um Trittbrettfahrertum einzuschränken. Länder sollten nicht länger auf Kosten anderer eine allzu lasche Haushaltspolitik betreiben und somit die Risiken für die Eurozone vergrößern können.

Doch wie sollen die Mitgliedstaaten ohne Werkzeuge dann aus Rezessionen herauskommen?

Genau deshalb brauchen wir aus sozialdemokratischer Perspektive mittel- und längerfristig auch ein Mehr an Vergemeinschaftung.

Worüber wir in den nächsten Monaten diskutieren sollten, ist, welche Instrumente wir hierfür ins Auge fassen wollen.

Der Fünf-Präsidenten-Bericht und andere Beiträge, wie das Gabriel-Macron-Papier oder das Merkel-Hollande-Papier, diskutieren:

- ein Eurozonenbudget,
- einen Eurokommissar,
- eine europäische Arbeitslosenversicherung,
- die europäische Einlagensicherung
- und eine Eurokammer im Europäischen Parlament.

Klar ist: alle Vorschläge haben **enorme Brisanz** und bringen oftmals einen **Kompetenztransfer** von der nationalen zur europäischen Ebene mit sich.

Gleichwohl wird die Eurozone nur eine Zukunft haben, wenn wir sie so ausgestalten, dass sie krisenfest ist.

IV. Europäische Fiskalpolitik

Vor dem Hintergrund, dass die Geldpolitik für die gesamte Eurozone gemacht wird, die wirtschaftliche Situation in den Mitgliedstaaten aber so verschieden ist, möchte ich auf eine **Debatte** verweisen, die uns seit einigen Jahren begleitet, jedoch in den letzten Wochen wieder Fahrt aufgenommen hat. Es geht um die **Frage, ob die Geldpolitik angesichts der**

Joachim Poß

wirtschaftlichen Bedingungen nicht überfordert mit der Aufgabe ist, für neues Wachstum zu sorgen. Der US-Ökonom und Regierungsberater Lawrence Summers hat diese Diskussion jüngst wieder angestoßen.

Während die Geldpolitik in Europa die Hauptbürde trägt, die Wirtschaft in Schwung zu bringen, ist die Fiskalpolitik auf Konsolidierung eingestellt.

Und auch wenn die Wachstumsaussichten Europas dabei vergleichsweise gut sind, kann von „guten“ wirtschaftlichen Bedingungen keine Rede sein.

Der **Internationale Währungsfonds** warnt uns nun im jüngsten World Economic Outlook vor **wachsenden Risiken für die Weltwirtschaft**. Im Niedrigzinsumfeld wächst die Risikoneigung an den Finanzmärkten.

Deutschland, die sogenannte „Wachstumslokomotive“ Europas, hat zum Beispiel im September eine Null-Inflation eingefahren. Die Deflationsspirale erschwert die Anpassung in den früheren Krisenländern. Doch **wenn die Politik des billigen Geldes die Finanzstabilität auf Dauer gefährdet und nicht für ausreichend Wachstum sorgen kann, benötigen wir eine Flankierung durch expansivere Fiskalpolitik.**

Dafür gibt es in unserer Währungsunion zwei Möglichkeiten.

Erstens könnte es eine stärkere dezentrale Koordinierung der Fiskalpolitiken geben. Deutschland würde gedrängt, mehr zu investieren, während Frankreich wie gehabt stärker konsolidieren müsste. Ein **Fiskalrat**, wie im Fünf-Präsidenten-Bericht angedacht, könnte diese Koordinierungsfunktion erfüllen.

Zweitens könnte die Funktion einer europäischen Fiskalpolitik durch ein **Euro-Schatzamt** erfüllt werden, dass Konjunkturzyklen eurozonenweit ausgleichen würde. Hierfür würde es eines Euro-Kommissars bedürfen, der über ein Euro-Budget mit Anleiherecht verfügt.

Ein Euro-Schatzamt hätte weitere Vergemeinschaftung zur Folge. In Deutschland ist man da immer skeptisch. Eine dezentrale Koordinierung kommt dagegen möglicherweise schnell an die Grenzen der Wirksamkeit.

Joachim Poß

Fest steht: Wir müssen uns entscheiden. Wollen wir „risikolos stagnieren“ oder wollen wir die Eurozone krisenfest machen?

V. Ausblick

Um eine gerechte Erholung in Europa zu erwirken, müssen wir aus meiner Sicht jetzt liefern. Durch mehr Gerechtigkeit und wirtschaftliche Erholung in Europa können wir das Vertrauen der Bevölkerung in das europäische Projekt zurückgewinnen.

Dies ist nötig, um in einem zweiten Schritt die Eurozone fortzuentwickeln und so auszugestalten, dass sie in Zukunft krisenfester wird.

Es darf uns nicht nur darum gehen, die Risiken potenzieller unverantwortlicher nationaler Haushaltspolitiken zu minimieren. Wir müssen auch den schon zu besichtigenden Schaden sehen, der durch den Mangel einer vergemeinschafteten europäischen Fiskalpolitik entstanden ist.

Gleichwohl lehne ich die Behauptung einiger, die Einführung des Euro sei ein Fehler gewesen ab. Es war immer klar, dass die Europäische Einigung ein Projekt ist, bei dem es nicht stets nach vorne geht, sozusagen ohne Schwierigkeiten.

Auf den Binnenmarkt und das Europäische Währungssystem folgte logischerweise der Euro. Der Euro wiederum erfordert neue Antworten. Einige Antworten haben wir bereits gefunden, wie etwa die Bankenunion. Weitere Antworten gilt es für uns in den kommenden Jahren zu finden - dazu dient uns der Fünf-Präsidenten-Bericht.